

# Zwischenruf!

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem aktuellen Zwischenruf! möchte ich Sie gerne weiter über meine Arbeit im Bundestag in Berlin, aber auch in meiner Heimatstadt auf dem Laufenden halten. Ich freue mich, wenn Sie Interesse an dem ein oder anderen Thema finden können. Folgende Inhalte finden Sie u.a. auf den folgenden Seiten:

- Haushalt 2012—die Vorschläge der SPD
- „Herdprämie“ statt Betreuungsplätze
- Bundesverkehrsminister muss stärker in NRW investieren
- Steigende Müllgebühren abwenden!  
und
- Quo Vadis SPD? zum SPD-Bundesparteitag am kommenden Wochenende.

Ich bin sehr an Ihrer Meinung und Verbesserungsvorschlägen interessiert. Bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern finden Sie dafür die richtigen Ansprechpartner und immer ein offenes Ohr für Ihre Anliegen!

Mit den besten Wünschen für eine besinnliche Vorweihnachtszeit,  
herzlichst Ihre

*Ulla Schmidt*

Aus leider sehr aktuellem Anlass will ich auf eine gute und aktuelle Informationsquelle in Sachen Rechtsextremismus hinweisen: **Der 'Blick nach rechts'** erscheint unter dem Dach des Vorwärts-Verlags und ist unter: [bnr.de](http://bnr.de) zu finden.

Die Vorkommnisse im Umfeld der Zwickauer Terrorzelle haben erneut gezeigt, wie wichtig der kompromisslose Kampf gegen Rechts ist und bedürfen **lückenloser Aufklärung.**

Das Ausmaß des braunen Terrors hat die Frage nach einem NPD-Verbot wieder in die Diskussion gebracht. **Ich spreche mich ganz klar für ein sofortiges NPD-Verbot!** Um „braunes Gedankengut“ zu bekämpfen, muss darüber hinaus aber auch die Gesellschaft intervenieren. Gemeinsam müssen wir uns ganz entschieden rechten Positionen in den Weg stellen, aber auch **präventiv politische Bildungsarbeit betreiben.**



## Ein Grund zur Freude!

Das Team der **Hazienda Arche Noah**, allen voran Leines Gaworski und Jenny Kersten, haben bei der diesjährigen Bambi-Verleihung einen Bambi für ihr ehrenamtliches Engagement bekommen.

**Ich gratuliere dem gesamten Team sehr herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung!**

Mit ihrem Einsatz für krebserkrankte und schwerkranke Kinder leisten sie für Kinder und Familien eine unbezahlbare Arbeit. Davon konnte ich mich als Schirmherrin des Vereins schon mehrfach vor Ort überzeugen!

**Vielen Dank für dieses Engagement!**

## IMPRESSUM

*Herausgeberin:*  
Ulla Schmidt MdB, Heinrichsallee 52 - 54,  
52062 Aachen  
Fon: 0241 53 66 40, Fax: 0241 90 39 200  
[ursula.schmidt@wk.bundestag.de](mailto:ursula.schmidt@wk.bundestag.de),  
[www.ulla-schmidt.de](http://www.ulla-schmidt.de)  
*Redaktion: Wahlkreisbüro*

## Haushalt 2012 - Die Vorschläge der SPD

Im September hat die SPD ihr Finanzkonzept vorgestellt, den **„Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“**. Wir fordern, dass die darin enthaltenen Verbesserungen im Haushalt 2012 umgesetzt werden:

- Für 2012 muss die **maximale Verschuldungsgrenze von 25,3 Mrd. Euro** eingehalten werden.
- Steuermehreinnahmen müssen für den Abbau von Schulden genutzt werden, nicht für wirkungslose- und winzige - Steuergeschenke.
- Auf Steuersenkungen, die über die durch das Bundesverfassungsgericht geforderte Anpassung des Existenzminimums hinausgehen, muss verzichtet werden.
- Wir wollen, dass der **Spitzensteuersatz für Einkommen ab 100 000 Euro im Jahr (doppelt soviel bei Verheirateten) auf 49 Prozent erhöht wird**.
- Die Steuern, die auf Zinsen, Dividenden und Erlöse aus Wertpapierverkäufen gezahlt werden müssen, sollen von 25 Prozent auf 30 Prozent steigen.
- Steuererleichterungen für Unternehmen aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ - wie die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers - sollen umge-

hend zurückgenommen werden.

Die „Brennelementesteuer“ für Betreiber von Kernkraftwerken soll erhöht werden.

**Eine Börsenumsatzsteuer soll umgehend eingeführt werden. Diese muss dann so schnell wie möglich in eine europaweite Finanztransaktionssteuer verwandelt werden**, wie sie die SPD schon lange fordert.

Wir brauchen einen einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Das bedeutet nicht nur faire Bezahlung von Arbeit - es bringt außerdem Mehreinnahmen bei Lohn- und Einkommenssteuer sowie für die sozialen Sicherungssysteme.

Überzogene Managergehälter sollen eingedämmt werden, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern und Abfindungen begrenzt wird: Auf maximal die Hälfte der Beträge, die eine Million Euro übersteigen.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, **endlich nachhaltig in die Zukunft unseres Landes zu investieren: Wir brauchen mehr Geld für Bildung und Kommunen sowie zusätzliche Mittel für ein neues Ganztagschulprogramm und ein Programm zur Öffnung der Hochschulen.**

weitere Infos unter:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Ehrung der Republik Österreich

Kürzlich wurde ich im Rahmen eines feierlichen Empfangs in der österreichischen Botschaft mit dem **„Großen Goldenen Ehrenzeichen am Bande“** der Republik Österreich geehrt. Die Auszeichnung wurde vom österreichischen Botschafter, Herrn Dr. Ralph Scheide, in Vertretung für den österreichischen Bundespräsidenten, Herrn Heinz Fischer vorgenommen. Die Ehrung hat ihren Ursprung in der guten und freundschaftlichen Zusammenarbeit im Gesundheits- und Sozialbereich auf bilateraler Ebene während meiner Amtszeit als



Bundesgesundheitsministerin. Die enge deutsch-österreichische Zusammenarbeit zur Vorbereitung der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union, sowie das 2007 zustande gekommene European-Health-Government wurden in dieser Zeit vorbereitet. **Die Auszeichnung ist mir eine große Ehre, die ich mit Stolz und Dankbarkeit entgegennehme, vor allem auch als Anerkennung für die Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsministerium.**

## „Herdprämie“ statt Betreuungsplätze

Jetzt ist es amtlich: Das Statistische Bundesamt hat Zahlen vorgelegt, die zeigen, dass es voraussichtlich nicht gelingen wird, das angestrebte Ziel zu erreichen und bis zum Jahr 2013 ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Die alten Bundesländer sind von den Zielvorgaben noch meilenweit entfernt – auch Nordrhein-Westfalen. **In Aachen feilscht die grün-schwarze Mehrheit um jeden Kindergartenplatz.** Noch im vergangenen Jahr wurden nur 100 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Ein Minimum von 150 wäre ein Mindestmaß gewesen, doch die Warnungen unserer Kinder- und Jugendpolitiker wurden ignoriert. Vom Kindergartenjahr 2013/2014 an gibt es aber für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag einen rechtlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Das ist auch gut so. Es ist allerdings nicht akzeptabel, dass sich die Bundesregierung aus der Verantwortung entlässt und in zwei Jahren dann die Städte und Gemeinden mit Klagen überrollt werden. Denn alleine können diese langfristig die Lasten nicht alleine tragen. **Anstatt jetzt den Kita-Ausbau vernünftig voran zu bringen, will die Koalition rund zwei Milliarden Euro ausgeben, um ein „Betreuungsgeld“ einzuführen –**

für alle, die ihre Kinder zu Hause selbst betreuen. Das ist nicht nur geschlechterpolitisch rückwärtsgerichtet – auch integrations- und wirtschaftspolitisch ist es unsinnig. Noch in den letzten Wochen, anlässlich des 50. Jahrestages des Anwerbeabkommens mit der Türkei, hat die Bundesregierung laut getönt, wie wichtig die sprachliche Förderung von Kindern für die Integration ist. Jetzt will sie eine Prämie allen denjenigen auszahlen, die ihre Kinder von Orten fernhalten, die genau das ermöglichen. Das Vorhaben ist auch verfassungsrechtlich fragwürdig, denn es läuft dem Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes zuwider. **Es gibt nämlich keine Kompensationszahlungen für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur:** Weder bezahlen wir Autofahrer dafür, dass sie die Straßenbahn nicht benutzen, noch drücken wir denjenigen ein paar Scheine in die Hand, die dieses Jahr noch nicht in der Oper waren! **Es wäre hingegen dringend nötig, das Geld in den unterfinanzierten Betreuungsausbau zu stecken, damit der Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung finanziert werden kann – so sähe ein Beitrag zu Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserem Land aus.**

## Bundesverkehrsminister muss stärker in NRW investieren

Anlässlich der drohenden Kürzungen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur habe ich mich gemeinsam mit 79 Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen in einem offenen Brief an den Verkehrsminister Peter Ramsauer gewandt. **Gemeinsam fordern wir den Minister auf, die Streichungen für das Bundesland NRW zurückzunehmen und die dringenden Verkehrsprojekte in NRW schnell umzusetzen.**

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland und braucht eine moderne und zukunftsweisende Infrastruktur, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Alle Verkehrsprognosen für die kommenden Jahre zeigen, dass mit einer erheblichen Verkehrssteigerung in allen Bereichen zu rechnen ist. Daher sind weitere Investitionen in die nordrhein-westfälischen Verkehrswege dringend erforderlich.

In den vergangenen Jahren hat das Land NRW mit Verständnis die Priorisierung von Verkehrsinvestitionen aufgenommen, die zur Ausgleichung der Lebensverhältnisse in Gesamtdeutschland wie beispielsweise die Verkehrsprojekte die im Rah-

men der Deutschen Einheit umgesetzt wurden. Diese waren sicherlich wichtig und nötig. Doch wurden dadurch wichtige Projekte in Nordrhein-Westfalen auf die lange Bank geschoben. Ein weiterer Aufschub ist aus unserer Sicht nicht mehr möglich. Viele Hauptverkehrsstrecken in NRW platzen bereits aus allen Nähten. Das erleben wir auch in unserer Region tagtäglich. Insbesondere zu den Stoßzeiten sind die gewöhnlichen Verkehrsteilnehmer und die Anwohner die Leittragenden der hohen verkehrlichen Belastungen auf den Hauptachsen.

**NRW braucht daher stärkere Investitionen in den Erhalt und Neubau von Verkehrswegen. Dem Bundesverkehrsminister muss endlich die bundesweite Bedeutung des Landes NRW bewusst werden.** Gemeinsam fordern wir den Bundesverkehrsminister auf, die Streichungen im bevölkerungsreichsten Bundesland zurückzunehmen, die dringenden Verkehrsprojekte in Nordrhein-Westfalen schnell umzusetzen und dafür die erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen.“

## „Muttersprachlichen Patientenberatung“ der Unabhängigen Patientenberatung Deutschlands (UDP)

Das Gesundheitssystem wird immer komplexer. Patientinnen und Patienten verlieren bei der Vielzahl von unterschiedlichen Regelungen und Angeboten leicht den Überblick. Besonders schwierig ist es, wenn Sprachbarrieren die Kommunikation erschweren und so den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und notwendiger gesundheitlicher Versorgung behindern und dazu führen, dass **Menschen mit Migrationshintergrund einem höheren Armuts- und Krankheitsrisiko ausgesetzt werden**. Mit finanzieller Hilfe der Privaten Krankenversicherungen bietet die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UDP) seit dem 1. August 2011 ein umfassendes muttersprachliches Beratungsangebot für ratsuchende Menschen mit türkischem und russischsprachigen Migrationshintergrund an. Hierfür stellt die UDP ein qualifiziertes Team von Ärzten, Juristen, Sozialpäda-

gogen, Gesundheits- und Pflegewissenschaftlern mit türkischen und russischen Sprachkenntnissen zur Verfügung und gewährleistet somit eine neutrale und kostenlose Beratung über zwei Telefonhotlines sowie auf spezifischen Internetplattformen. Zusätzlich wurden in vielen deutschen Großstädten, insbesondere in Städten mit hohem Migrantenanteil, muttersprachliche Beratungseinrichtungen geschaffen. Mangelnde Sprachkenntnisse erschweren die Orientierung und Nutzung der vorhandenen gesundheitlichen Versorgung enorm. **Die Schaffung einer „Muttersprachlichen Patientenberatung“ ist ein wichtiger und überfälliger Schritt in Richtung einer patientenorientierten Integration und Gesundheitsversorgung, gerade für jene Menschen, die auf Unterstützung am dringendsten angewiesen sind.**

### Bundesweites Beratungstelefon (kostenfrei\*):

**Deutsch:** 0800 0 11 77 22 (Mo-Fr 10-18, Do bis 20 Uhr)

**Türkisch:** 0800 0 11 77 23 (Mo, Mi 10-12, 15-17 Uhr)

**Russisch:** 0800 0 11 77 24 (Mo, Mi 10-12, 15-17 Uhr)

\* im deutschen Festnetz, Mobilfunktarife für die Beratung in Deutsch abweichend

Weitere Infos unter:

<http://www.unabhaengige-patientenberatung.de/>

## Steigende Müllgebühren abwenden – Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Ein paar Worte zur Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts: Der aktuelle Gesetzentwurf der Regierungskoalition wird die Preise in die Höhe treiben und ist damit **eine Neuordnung auf dem Rücken der Bürger und Bürgerinnen**. Es ist ein Angriff auf die Daseinsvorsorge, der unbedingt gestoppt werden muss. Es ist zwar zu begrüßen, dass die Kommunen in harten Verhandlungen die Gebührenstabilität in den Gesetzentwurf hinein verhandelt haben, um Preiserhöhungen für die Verbrauchenden zu verhindern. Umso schlimmer ist es jedoch, dass die Bundesregierung sich einfach darüber hinwegsetzt, indem sie sich durch juristische Winkelzüge einige Schlupflöcher offen behält. Durch die zunehmenden Sammlungen privater Firmen bei-

spielsweise von Papier oder Kompost, läuft der Bereich der Müllentsorgung Gefahr, nicht mehr Teil der Daseinsvorsorge zu sein. Damit würde er umsatzsteuerpflichtig werden. Die 19 % Umsatzsteuer werden dann natürlich ganz oder teilweise als Preiserhöhung an die Bürger und Bürgerinnen weiter gegeben. **Diese Hintertüren müssen wir unbedingt schließen und damit klarstellen, dass die komplette Müllentsorgung grundsätzlich in die Hände der Kommunen gehört.**

Die Bundestagsfraktion ist jedoch zuversichtlich, dass die SPD-regierten Bundesländer im Bundesrat diesem unlauteren Treiben der Bundesregierung Einhalt gebieten und dieses Gesetzgebungsverfahren stoppen werden.

## Quo vadis SPD? – zum Bundesparteitag in Berlin

In Vorbereitung auf den Bundesparteitag am kommenden Wochenende haben auch wir als SPD in der Regio Aachen uns mit den dort anstehenden Entscheidungen auseinandergesetzt und vor allem bezüglich der anstehenden Parteireform eine gemeinsame Marschrichtung ausgearbeitet. Bei einem Regio Parteitag mit Generalsekretärin Andrea Nahles, Mitte November, haben unsere fünf Unterbezirke die Reformbemühungen der Bundespartei diskutiert.

Besonders bei uns in Aachen wurde dieser Pro-



zess sehr intensiv und unter breiter Beteiligung der Mitglieder vorbereitet. Wichtigstes Ergebnis ist hierbei: **Die SPD muss sich ändern, sich Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern öffnen und mehr Beteiligung ermöglichen!** Der Weg der beschritten wird ist daher insgesamt richtig und gut.

Vor allem die inhaltliche Öffnung zu Sympathisantinnen und Sympathisanten und befreundeten Organisationen ist zu begrüßen, dies kann vor allem auch durch zeitlich befristete Themenforen geschehen. Auch die Erleichterung von thematischen Mitgliederbegehren und die Vergrößerung des Bundesparteitages tragen zu einer stärkeren Beteiligung der Parteibasis bei. An einigen Stellen muss aber auch Kritik geübt werden. Der Regio-Parteitag hat daher eine Liste von Änderungsanträgen erarbeitet, die von unseren Delegierten beim Bundesparteitag vertreten werden.

Folgende Bereiche sind dabei unserer Meinung nach wichtig: **Die SPD ist keine Wahlvereinigung, sondern eine Wertegemeinschaft!** Eine Einschränkung der Mitgliederrechte lehnen wir daher ab. Diese würde jedoch durch ein Stimmrecht für Nichtmitglieder entstehen. Auch die Möglichkeit einer Mitgliedschaft „ohne Ortsverein“ – so attraktiv sie auf den ersten Blick sein mag – würde langfristig die Ortsvereine als strukturelle Basis der Partei schwächen anstatt sie zu stärken. Ein Punkt den wir in der Debatte gerne hinzufügen möchten, ist die **Abschaffung der politischen Empfehlungen der Antragskommission.** Zwar wird diese zur Strukturierung des Parteitages und Organisation der Debatte ganz klar gebraucht – daher sprechen wir uns gegen eine mancherorts geforderte komplette Abschaffung der Kommission aus – es ist jedoch nur bedingt demokratisch, wenn sie so eindeutig Position bezieht, wie dies zum Beispiel beim kommenden Parteitag in Bezug auf die Vorratsdatenspeicherung geschieht.

Mehrere Arbeitsgemeinschaften, der Landesverband Bayern und einige Unterbezirke (unter anderem unser UB Aachen-Stadt) haben sich mit Anträgen ganz klar **gegen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung** ausgesprochen. Die Antragskommission jedoch hat hierzu eine ganz eigene (gegenteilige) Beschlussempfehlung formuliert. Die Meinungsfindung des Bundesparteitages darf nicht in einem kleinen Gremium stattfinden, das nicht durch die Parteibasis legitimiert ist!

**Nichtsdestotrotz: Insgesamt befindet sich die „alte Tante SPD“ mit dem in Gang gesetzten Reform-Prozess auf dem richtigen Weg.** Es ist schon viele Jahre her, dass in allen Gremien der Partei so engagiert, ergebnisoffen und konstruktiv gestritten und diskutiert wurde. Allein das ist doch schon ein enormer Gewinn!

**Wer weitere Infos zu Anträgen und alles rund um den Parteitag findet ihr unter: [www.spd.de](http://www.spd.de)**

**Dort wird auch der komplette Parteitag per **Live-Stream** übertragen.**